

Mir scheint, daß der Verlust des Kontaktes mit der Realität die epidemische Krankheit unserer Zeit ist.

Golo Mann

Gedanken zum Terrorismus und seiner Bewältigung

Nach dem Attentat von Köln ist manches pathetische, manches hektische Wort gefallen. Dieser oder jener hatte gar vergessen, im „Wörterbuch des Unmenschen“ nachzublättern. Sonst hätte ein CDU-Landesvorsitzender seine Forderung nach polizeilichen Sondereinheiten zur Terrorismusbekämpfung nicht als „Terroristen-Jagdkommando“ bezeichnet. Zwischen Menschen und Hasen ist sicher auch dann noch ein Unterschied, wenn Menschen brutale Mörder sind. Und auf die Aktivierung niedriger Instinkte sollte man in einer durch Unfaßliches ohnehin bis zum Siedepunkt erregten Bevölkerung nicht setzen. Andere betrieben Spurenverwischung. Und mit welcher Kraftanstrengung! So, wenn der SPD-Bundesvorsitzende im Brustton äußerster Überzeugung seinem Volk klarmachte: Gewalt habe nichts mit links zu tun, die Gewalttäter seien Faschisten.

Begierig griff man den Baader-Meinhof-Buchtitel der englischen Journalistin *Jillian Becker* von „Hitlers Kindern“ auf: die deutschen Terroristen des Jahres 1977 lebten aus demselben ins Totalitäre umschlagenden „romantischen Idealismus“ wie die Nationalsozialisten. Ihre Ziele seien nur um einiges humaner. Abgesehen davon, daß man die humane oder inhumane Qualität von Bewegungen im Untergrund und von Bewegungen an der Macht kaum miteinander vergleichen kann, gibt es gewiß Strukturähnlichkeiten zwischen rechts- und linksextremen Gewaltideologien. Extremismen werden immer, wenn sie die Schwelle zur Gewaltanwendung überschritten haben, austauschbar. Rechts und links herrschen dieselben strukturgleichen totalitären Ideen, findet man dieselbe Demokratieunfähigkeit, denselben Antirationalismus, dieselbe Intoleranz. Und die Herkunft der gegenwärtigen Terroristen mag für die einen unbequem und für die anderen – wahrscheinlich etwas voreilig – bequem erscheinen; aber es ist nun einmal nicht zu leugnen, daß diese ihren Nährboden fast ausschließlich in linksrevolutionären: leninistischen, maoistischen, anarchistischen Bewegungen hatten und noch haben.

Schließlich: vieles von dem, was an Reaktionen und Erklärungen herbeigeschafft wurde, war einfach schlicht; schlicht im schlichsten Sinn des Wortes: Dazu gehören ausländisches Herumrätseln über die „deutsche Krankheit“, über polizeistaatliche und neofaschistische Versuche ebenso wie manche von hoher inländischer Stelle kommenden Fernerklärungen der Ursachen des Terrorismus: Glückliche Kinder, so die Bundesfamilienministerin, neigten nicht zum Terrorismus. Wie wahr, möchte man sagen: aber wer weiß schon, ob nicht aus durchaus glücklichen Kindern sehr unglückliche, durchaus zum Terrorismus neigende Erwachsene werden können. Es kommt wohl sehr auf das Wie des Kinderglücks und seiner Überleitung ins Erwachsenenendasein an.

Vorsicht mit der „Wende“

Der Ernst des Phänomens erlaubt freilich nicht, sich lange bei solchen Radikalisierungen, Verdrängungen und Verniedlichungen aufzuhalten. Nicht jedes politische Wort der letzten Wochen gehört überdies auf die Goldwaage. Dazu war die Erregung trotz demonstrierter Kühle der Regierenden zu groß. Auch banale Informationen haben ihre Bedeutung; und zu den Banalitäten von Bedeutung gehört nun einmal die Feststellung, daß kein Ereignis der letzten Zeit die deutsche Bevölkerung so sehr aufgewühlt hat wie die Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer und die Ermordung seiner vier Begleiter. Der Grund dafür liegt einmal in der *Brutalität des Verbrechens*: Mehr als jede bisherige terroristische Aktion – nicht nur in Deutschland, sondern im europäischen Ausland, wenn man von der in keiner Weise vergleichbaren nordirischen Szene absieht – hat das Attentat von Köln gezeigt, welcher Entschlossenheit, welcher Präzision und welcher Brutalität deutsche Terroristen fähig sind. Letzte menschliche Hemmungen, auch gegenüber solchen, die sie nicht unmittelbar treffen wollen – Fahrer, Begleitpersonal,

Leute aus der Bevölkerung also – sind abgebaut. Scheinbar intakte zwischenmenschliche Beziehungen werden, wie die Ermordung von Jürgen Ponto zeigte, ebenso konsequent für ihre Ziele eingesetzt, wie sie nicht zögern, ihre Entführungsoffer auf offener Straße freizuschießen, wenn sie anders nicht zum Erfolg kommen. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wie steigerungsfähig die Verursacher solcher Erpressungsattentate noch sein können.

Aber nicht nur die besondere Brutalität des deutschen Terrorismus erschreckt, sondern die inzwischen auf *be- trächtliche Ausmaße angewachsene Terrorismusbilanz*: 22 Morde, 102 Mordversuche, 90 Verletzungen bei Sprengstoffanschlägen und Schießereien, 14 Geiselnahmen, das ist nach einer „vorläufigen Übersicht“ des Bundesjustizministeriums vom 8. September das bisherige Ergebnis von auf Menschenleben gerichteten terroristischen Aktionen. Wer Ende der fünfziger oder selbst während der späten sechziger Jahre, auf dem Höhepunkt der Studentenunruhen und der Aktivität der außerparlamentarischen Opposition, für die Mitte der siebziger Jahre solche vorausgesagt hätte, wäre vermutlich ausgelacht worden. Und noch Anfang der siebziger, als importierter und schon inländischer Terror auf die Bundesrepublik übergriffen, mokierte man sich hierzulande über „italienische Verhältnisse“ und stritt mehr oder weniger geistreich, ob denn Gewalt gegen Sachen, solange sie sich nicht gegen Personen richte, nicht tragbar sei. Jetzt versteht man die eigene Situation nicht mehr. Um so betroffener ist man. Da die Terroristen wie die Ursachen des Terrorismus nicht greifbar sind, da die Bevölkerung einschließlich ihrer berufsmäßigen Interpreten ebenso im Dunkel tappt wie die Polizei, während die Regierung sich auf langwierige, Staat und bürgerliche Gesellschaft demütigende Verhandlungen einlassen muß, steigert sich das Unbehagen zu einem allgemeinen Gefühl der Unsicherheit, des *partiellen Ausgeliefertseins*. Nichts verstört eine so sicherheitsbedürftige Bevölkerung wie die deutsche so sehr, wie wenn man der Gründe für die Ursachen der Verunsicherung nicht habhaft werden kann; wenn die Situation selbst ihr unerklärbar bleibt.

In solchen Augenblicken öffentlicher Irritation gehen leicht die *Maßstäbe* verloren; kommen Stimmungen hoch, die alles eher als sachgemäß sind und der Minderung oder Beseitigung des Übels kaum dienen, es im Gegenteil – wenigstens mittel- und langfristig – vergrößern. Da werden nicht nur Fahndungsschwächen perhorresziert und Gesetzeslücken kritisiert, die vielleicht längst hätten behoben werden sollen, da wird sehr rasch *der Staat* als ganzer in die Mangel genommen; er sei zu lasch, zu lahm in seinen Aktionen, zu gefällig, in Sachen Verfassungsschutz und Terroristenbekämpfung ein Nachtwächterstaat. Man beklagt das Anwachsen politischer und allgemeiner Kriminalität, gibt dem Staat oder einer bestimmten Regierung alle Schuld am mangelnden Ordnungswillen und meint dann unverwunden, in autoritären Staaten, auch im hitlerischen, sei es wenigstens in dieser Hinsicht doch besser gewesen.

Oder es kommen grundsätzliche *Zweifel an der Demokratie* auf, die über momentane Eruptionen des Volkzorns weit hinausgehen: demokratische Staaten mit ihrem Pluralismus und ihrem Parteienhader seien eben von innen her schwach, ihren Zerstörern mehr oder weniger hilflos ausgeliefert; nicht fähig, aus sich selbst heraus Autorität zu schaffen und durchzusetzen. Man sagt „Staatskrise“ und meint damit nicht eigentlich die Gefahr des Zusammenbruchs der Funktionsfähigkeit von Staatsorganen, sondern die innere Verwundbarkeit von Demokratien, in denen Führung, Autorität letztlich nur durch erstrittenen Konsens möglich ist.

Solchen Irritationen und Überreaktionen stehen andere gegenüber, die geradezu dem Drehbuch revolutionärer Terroristen entnommen sein könnten: Man finde die „revolutionäre Situation“, so das Drehbuch der Terroristen, da die Massen noch im falschen Bewußtsein ihrer wirklichen Lage verharren, noch nicht vor; man müsse diese erst erzeugen, und das könne man, indem man dem Staat autoritäre Verhaltensmuster aufzwingt und damit den latenten Faschismus, den es zu beseitigen gilt, offenkundig macht. Genau dieses Ziel würden die Terroristen erreichen, wenn sich die Bevölkerung in die „Reaktion“ drängen und die politische Führung sich zu Abstrichen am „Rechtsstaat“ zwingen lasse, heißt demgegenüber eine beliebte Reaktion. Es gelte, so die deutschen Jungsozialisten, zu verhindern, „daß eine fatale Wechselwirkung zwischen Terrorismus und Reaktion in neuer Barbarei mündet“. Man sieht diese Wechselwirkung als das eigentliche Übel, übersteigert die Möglichkeit einer solchen Wechselwirkung nach Maßgabe des eigenen ideologischen Standortes, und schon rückt der Terrorismus, den es eigentlich zu bekämpfen gilt, mit schöner Dialektik ins zweite Glied. Er wird vom Phantom eines reaktionären Rückstoßes überdeckt. Politische Hilfe für Terrorismusbekämpfung ist das nicht.

Auch *allgemeine Schuldzuweisungen* helfen wenig weiter. So situationserhellend und wegweisend die Terrorismus-Erklärung des Rates der EKD vom 16. September ist, die Feststellung, daß am Aufkommen des Terrorismus „alle Gruppen unserer Gesellschaft beteiligt sind“, hilft nicht viel. Es käme schon darauf an zu sagen, wer in welcher Weise an den Versäumnissen und Fehlentwicklungen beteiligt ist. Erklärt man alle in gleicherweise an allem schuldig, braucht sich letztlich keiner schuldig zu fühlen. Gerade dadurch kann es schwer werden zu tun, „was recht ist“. Wenn deshalb im Zusammenhang des Attentats von Köln vielfach von einer „Wende“ gesprochen wurde, wird man sehr genau hinsehen müssen, wer jeweils welche Wende vollzieht, ob zu mehr selbstkritischer Bereitschaft, den je eigenen Anteil an der Verursachung aufzuarbeiten oder durch Schuldverlagerung auf den jeweils anderen den Streit politisch zu eskalieren.

Die rechten Proportionen achten

Tun, was recht ist, heißt deshalb in erster Linie die rechten Proportionen achten. Dazu gehört die richtige *Einschät-*

zung der Terroristen ebenso wie das nötige Vertrauen in die politische Führung und eine verantwortbare Kennzeichnung des gesellschaftlichen Großklimas in der Bundesrepublik. Die Terroristen wären falsch eingeschätzt, würde man sie zu „gewöhnlichen“, „normalen“ Verbrechern stempeln. Noch nach dem Attentat auf Generalbundesanwalt Siegfried Bubak und auf Jürgen Ponto konnte man hören, diese hätten nichts mit Politik zu tun, sie seien eben gemeine Verbrecher; jetzt hieß es, sie seien keine politische Bewegung, sondern „der bewaffnete Versuch, Politik unmöglich zu machen“. Das erste ist glattwegs falsch: Sie sind Verbrecher, „gemeine“ dazu, aber keine gewöhnlichen. Das zweite klingt plausibler, bleibt aber mißverständlich: Soweit sie sich letztlich nicht nur gegen die bestehende, sondern gegen jegliche politische Ordnung wenden, wollen sie tatsächlich jede Politik unmöglich machen. Aber so verschwommen ihr politisches Weltbild sein mag, so abstrakt verhalten sie sich in Aktion nicht. Sie morden auch nicht diesen oder jenen – zur Bereicherung, aus Eifersucht oder Rachsucht – sondern sie sind durch und durch politisch motivierte Mörder. Ihre Taten richten sich gezielt gegen Spitzenrepräsentanten des Staates und der Gesellschaft, in erster Linie gegen diejenigen, die ihnen besonders verhaßt sind: gegen „systemstabilisierende“ Vertreter der politischen Mitte, gegen die Justizorgane, die ihrer Meinung nach Klassenjustiz betreiben; gegen führende Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens, gegen den etablierten „Klassenfeind“ also. Sie sind brutaler, konsequenter, perfektionistischer, technokratischer als andere Verbrecher. Und sie beziehen diesen Überschuß an krimineller Energie gerade aus ihrer politischen Motivation, wobei es für die Ausführung gleichgültig bleibt, ob das Ziel noch der Aufbau einer anderen Gesellschaft ist oder ob sie nur Destruktion im Sinne haben. Und sie sind vor allem staatsorientiert: ihr Tun gilt diesem Staat, diesen wollen sie durch Lähmung seiner Organe, durch Verunsicherung der Bürger überwinden, beseitigen. Es ist zwar ein überzeichnetes Bild, zu sagen, Terroristen führen Krieg gegen den Staat – Banden von einigen Dutzend können keinen Krieg gegen ein staatlich verfaßtes 60-Millionen-Volk führen, so etwas kann nur das Produkt kindlicher Allmachtsgefühle sein –, aber sie können Staatsfunktionen, speziell solche der öffentlichen Sicherheit, empfindlich stören.

Ihre politische Motivation wirkt überdies über die eigenen Kreise hinaus; schafft Mitwirkungsbereitschaft bei *Kollaborateuren*, bei denen also, die sich nicht direkt an ihren Aktionen beteiligen, aber beabsichtigt oder unbeabsichtigt mithelfen, ihre Logistik aufzubauen; und sie bewirkt Verständnis bei *Sympathisanten*, also bei solchen, die mit terroristischen Aktionen nichts zu tun haben, die aber ihre Motive, ihren „politischen Idealismus“ insgesamt oder partiell berechtigt finden. Ohne politische Motivation hätte der Terror kaum Kollaborateure und keine Sympathisanten.

Spätestens nach dem Attentat von Köln scheint man eingesehen zu haben, daß die Terrorismusbekämpfung nicht bloß eine Angelegenheit der Sicherheitsorgane, sondern

ein Problem des politischen Vorfeldes ist. Man kann hier aber nur erfolgreich sein, wenn man den Aspekt Motivation nicht mehr herunterspielt.

Neben der richtigen Einschätzung der Terroristen ist ausreichendes *Vertrauen in die staatliche Führung* wenigstens ebenso entscheidend. Der Terrorismus strapaziert zwar Staatsorgane und politische Führung, aber er hat bisher weder Exekutive noch Legislative, noch die Gerichtsbarkeit zu beeinträchtigen oder zu verunsichern vermocht. Der Streit darüber, ob alle notwendigen und für einen Erfolg nützlichen und statthaften Maßnahmen getroffen worden sind und ob der Terrorismus aus Unkenntnis, aus Harmlosigkeit oder auf Grund noch psychologisch nachwirkender ideologischer Verwandtschaften nicht zu lange unterschätzt oder verniedlicht worden ist, wird zu Recht geführt und muß geführt werden. Aber diese Auseinandersetzung hat zu keiner Zeit den gemeinsamen Willen zum Handeln in einer Notlage behindert. Das Zusammenwirken an den politischen Spitzen hat trotz partei- und sachpolitischer Gegensätze funktioniert. Entgegen mancher überbetulicher publizistischer Begleitmusik wurde dennoch niemals unklar, welche Aufgaben die Regierung wahrnimmt und welche Rolle die *Opposition* zu spielen hat, wo Bonn zu entscheiden und wo Bundesländer mitzuentcheiden haben. Das föderative Zusammenwirken funktioniert trotz Pannen, und daß man trotz eines Allparteienszusammenwirkens den je eigenen Standpunkt von Koalitions- und Oppositionsparteien nicht verleugnen muß, hat die Kurzaussprache am 15. September im Deutschen Bundestag deutlich gemacht. Es ist der politischen Führung überdies gelungen, den Terroristen nicht mehr Öffentlichkeit zu gewähren, als unbedingt nötig war. Die Medien haben mitgezogen. Die wochenlange Nachrichtensperre hat, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gehalten. Gerade dadurch wurde gezeigt, daß man auch in geschwätzigen Demokratien und trotz allen Interesses an Sensation und Profit in Notlagen Disziplin halten kann. Regierbarkeit wurde damit mehr bestätigt als in Frage gestellt.

Trotz solcher Bewährung wäre es fatal, sich über die kurzfristige Bekämpfbarkeit des Terrorismus Illusionen zu machen. Die Verstärkung des Fahndungsapparates und die Schließung von Gesetzeslücken können den Gesamtrahmen der Gegenwehr stufenweise verbessern. Fahndungserfolge werden weiterhin von vielen Zufälligkeiten abhängig sein; politisch wird der Terrorismus nur langfristig zu überwinden sein. Auf Dauer zählen weniger Gesetze als die politische Auseinandersetzung und „heilende“ Gegenmaßnahmen im vopolitischen Raum. Die Bevölkerung wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß sie auch in Demokratien mit Risiken leben muß, daß auch hier die Möglichkeit politischen Terrors nie ganz auszurotten sein wird.

Schließlich geht es um die angemessene Einschätzung des *politischen Großklimas*. Natürlich kann durch Einwirkung terroristischer Aktionen die Disponibilität für eine autoritäre Staatlichkeit wachsen, besonders dann, wenn

die Einsicht in die Unausweichlichkeit und das notwendige Ertragen von Risiken verweigert wird. Nichts treibt die Bevölkerung mehr in autoritäre Ordnungssysteme als Angst vor dem Verlust des inneren Friedens und der persönlichen Sicherheit. Beachtet man das Meinungsspektrum links und rechts, dann fehlt es gewiß nicht an Erwartungen, die auf demokratischem Wege nicht erfüllt werden können. Bei den einen ist es der starke Wille zum Heil aus einem staatlicherseits verordneten totalen und deswegen totalitätsanfälligen Egalitarismus, auf der anderen Seite ist es die offenbar nie ganz ausrottbare Sehnsucht nach der starken Hand, nach dem starken Mann. Demoskopische und andere Erfahrungen zeigen indessen, daß mehr Radikalismus ventiliert wird, als in der Bevölkerung vorhanden ist. Vorlieben für den totalitären Staat sind in der Breite der Bevölkerung nicht erkennbar; die Betonung (auch) von Ordnungsfunktion gebiert noch kein autoritäres Regime; von „Meinungsterror“ kann trotz chronischer deutscher Kleinmütigkeit im Ertragen abweichender Meinungen nicht die Rede sein. Schon gar nicht besteht die Gefahr eines ernsthaften Rückfalls in nationalsozialistisches Gedankengut. Man wird zu prüfen haben, ob die sog. Hitlerwelle untergründig Sympathien für das nationalsozialistische Deutschland bewußt oder unbewußt weckt und dessen Verbrechen gewollt oder ungewollt verniedlicht; sie mag (wie auf der linken Seite anarchistische Ideen) kleine Gruppen von Desperados ideologisch anfälliger machen und sie ebenfalls bis in den Terrorismus treiben; aber was als Hitlerwelle läuft, ist, wo es nicht um ernsthafte Auseinandersetzung geht, Kommerz; eine neonazistische Renaissance, die sich mit der neomarxistischen vergleichen ließe, gibt es nicht; und selbst letztere wird sehr überschätzt. Die Terroristen 1977 sind nicht Hitlers Kinder, sondern Kinder des Wohlstandsüberdrusses an der Wende zum Antiautoritären, sind Produkte einer schlechtbewältigten Freiheit, die sich aus dem Stand nicht bewältigter pubertärer Allmachtsphantasien gegen den „bürgerlichen“ Staat ihrer Eltern wenden. Sie sind Vatermörder in einer orientierungsschwachen Gesellschaft.

Deutschlands Krankheiten

Die deutsche Gesellschaft ist nicht kränker als vergleichbare andere industrielle Gesellschaften, denn die Orientierungsschwäche teilt sie mit eben diesen anderen. Das Meinungsklima ist nicht radikaler; die sozialen Verhältnisse sind sogar um einiges ausgeglichener; ihr „Kapitalismus“ ist vergleichsweise domestiziert. Dennoch hat diese Gesellschaft im politisch-staatlichen wie im vopolitischen Raum ihre eigenen Krankheiten, die im Umfeld des Terrorismus durchaus zu Buche schlagen. Das erste ist ein spezifisch deutscher, im Wesen deutscher Mentalität liegender, durch die Abstoßung der Nazivergangenheit mitbedingter *Mangel an politischer Beweglichkeit*. Damit ist nicht ein prinzipieller Mangel an Reformfähigkeit gemeint. Es wurde in den letzten Jahren nicht mehr über Reformen geredet als in europäischen Nachbarländern,

aber einiges mehr in Bewegung gebracht. Aber es gibt in der Bundesrepublik eine Unbeweglichkeit provozierende Fixierung auf Verfassung und Rechtsstaatsprinzip. Damit ist nicht die in letzter Zeit zu Recht beklagte Entwicklung hin zur verfassungsgerichtlichen anstelle der politischen Entscheidung von Streitfragen durch sich häufende Verfassungsklagen gemeint; auch nicht die sehr auf Sicherung bedachte Abgrenzung von Verfassungsfeinden durch Nichtzulassung zum öffentlichen Dienst. Dieser Sachverhalt erklärt sich aus der besonders staatstragenden Rolle des deutschen Beamten, auch wenn man über seine Ausdehnung auf den gesamten öffentlichen Dienst streiten kann, und aus der besonderen Herausforderung eines „Frontstaates“ gegenüber dem kommunistischen Block. Doch gibt es unter bundesdeutschen Politikern und Publizisten in großer Zahl Verfassungs- und Rechtsstaatfetischisten dergestalt, daß aus jedem freiheitseingrenzenden oder freiheitserweiternden Gesetzesvorschlag ein Prinzipienstreit über rechtsstaatliche Zulässigkeit wird und erst recht fast jeder Ansatz zu einer *Verfassungsänderung* in der öffentlichen Diskussion von der einen oder anderen Seite als Angriff auf die politische Grundordnung dargestellt wird, als ob im Grundgesetz nicht selbst festgeschrieben wäre, was unverzichtbar ist und was geändert werden kann. Ein relativ harmloses Beispiel für den Verfassungsbereich ist die exklusivistische Art, mit der alles, was nicht ausdrücklich in der Verfassung vorgesehen ist, als eigentlich nicht statthaft erscheint. Jedesmal, wenn wegen eines terroristischen Attentats der sog. Große Krisenstab zusammentritt, kann man in diversen Zeitungen lesen, daß dieser eigentlich nicht sein dürfte; er sei von der Verfassung nicht vorgesehen; mag sich dieses Instrument noch so aufdrängen und auch bewähren, diesen Makel scheint es doch zu haben.

Das ist vielleicht kein sehr relevantes Symptom, und es gibt Gründe genug, mit Verfassungsänderungen zur Verbesserung der Terrorismusbekämpfung vorsichtig zu sein. Sehr hinderlich wird diese Haltung aber, wenn jede Gesetzesänderung, jede Liberalisierung oder jede Verschärfung des Strafrechts zu einem *Prinzipienstreit über Rechtsstaatlichkeit* hochstilisiert wird. Jede Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts, die ja auch noch für die Auseinandersetzung um den Bau von Kernkraftwerken von Bedeutung werden dürfte, gilt dann schon als unerlaubter Eingriff in die Rechtsstaatlichkeit, als ein „Angriff auf die freiheitliche Ordnung“. Rechtsstaatliche Ermensensfragen, wie man am besten illegales Zusammenwirken zwischen Wahlverteidigern und Terroristen unterbindet, kann dann nicht mehr sachlich, nach Zweckmäßigkeitsgründen, diskutiert und gelöst werden. Man schlägt sich das je eigene, einmal mehr auf Sicherheit, einmal mehr auf Freiheit bedachte *Rechtsstaatsverständnis* um die Ohren, wirft dem einen liberalistische Aushöhlung, dem anderen autoritäre Unterwanderung vor und ist so nur sehr begrenzt in der Lage, zu prüfen, wieviel Sicherheit eingebaut werden muß, damit ausreichend Freiheit und Schutz für alle möglich bleibt. Um das und um nichts anderes aber geht es bei der Terrorismusbekämpfung.

Dieser Sachverhalt ist kein bloß rechtliches, sondern ein sehr *grundlegendes politisches Problem*. Verkürzt ausgedrückt: Man setzt nicht nur jeweils auf unterschiedliche Schwerpunkte, sondern verabsolutiert diese Schwerpunkte. Im Grunde lebt man aus der unpolitischen Vorstellung, beides, Sicherheit und Freiheit, in unbegrenzter, unbescholtener Weise haben zu können; beides verbunden mit hohen Erwartungen an das Recht bei gleichzeitigem Zögern, Recht als wandelbares Instrument den jeweiligen Sicherungs- und Freiheitserfordernissen anzupassen. Dahinter steckt nicht nur die Furcht der jungen deutschen Demokratie, vom eben erst wieder betretenen Pfad der Tugend gesicherter Rechtsstaatlichkeit abzukommen, sondern immer noch eine unterentwickelte Fähigkeit zu sachbezogener, pragmatischer politischer Auseinandersetzung. Im Grunde sind die beiden Stichworte Sicherheit und Freiheit nur ein Hinweis auf die allgemeine Tendenz zur Exklusivierung bzw. Verabsolutierung von Ideen und Werten. Das Hegelsche Erbe wirkt in allen Spektren der deutschen Politik nach. Darin eingeschlossen ist eine *nur sehr mühsam gelingende Einübung in mehr Toleranz* und die nur sehr bedingte Fähigkeit, Relativitäten anzuerkennen: Gleichheit nicht als solche, sondern in bezug auf Freiheit und Leistung zu erkämpfen und zu bewerten und umgekehrt. Die Verabsolutierung von Ideen und Prinzipien führt im gesellschaftlichen Wandel „dialektisch“ und konsequent zur gleichen intoleranten Überbewertung des Gegenteils: reaktionär-progressistisch; autoritär-antiautoritär, irgendwo werden dann solche Verabsolutierungen austauschbar.

Im noch unbewältigten Toleranzproblem scheint auch eine besondere *Gefahrenstufe für Gewaltanfälligkeit* zu liegen: Es ist nicht so, daß in Deutschland Gewaltideologien verbreiteter auftraten als in europäischen Nachbarländern. Während es dort aber eher beim verbalen Extremismus bleibt, scheint in der deutschen Tradition die Schwelle vom Extremismus zur Gewalt, von der Idee zur Tat, niedriger zu liegen; die Idee verlangt konsequenter nach Durchführung. Gewalt aber im Dienst einer Idee ist immer doppelt gewaltsam und läßt sich, wo sie Macht erhält, schwer eingrenzen oder beseitigen. Deshalb haben wir allen Grund, im Reden über Gewalt besonders vorsichtig zu sein, zur Gewalteingrenzung und Gewaltfreiheit anzuhalten. Hierin wurde in den letzten zehn Jahren viel gesündigt.

Zwei-Stufen-Verantwortung

Wer nach Gründen des Terrors im öffentlichen Meinungsklima der Bundesrepublik der letzten Jahre suchen will, wird sie nirgendwo deutlicher als in einer Verharmlosung von Gewalt und Gewaltaktionen antreffen. Man hat mit diesem Thema zu lange und zu unvorsichtig gespielt. Da ist nicht nur gegen ein gewaltträchtiges Klima an den Universitäten mit psychischem und Brachialterror gegen unliebsame Professoren, Institutsleitungen und Rektorate zuwenig unternommen, zuviel geschwiegen und

gegen besseres Wissen heruntergespielt worden. Man hatte auch unterschätzt, was teilweise im Gefolge des Vietnamkrieges unter dem Mantel eines radikalisierten Antiamerikanismus und einer ins Irrationale gesteigerten Kapitalismuskritik an Intoleranz- und Gewaltsyndromen zusammengewachsen ist. Man hat aus Sympathie für linke, revolutionäre Sozialromantik oder aus falschem Glauben, ein Staatswesen wie die Bundesrepublik sei in der gegenwärtigen Lage gegen einen Umschlag revolutionärer Bewegungen in terroristische Aktionen immun, übersehen oder nicht wahrhaben wollen, wie aus den ganz anders gearteten politischen und sozialen Verhältnissen der Dritten Welt *Schemata gewaltsamer Gesellschaftsveränderung* auf das eigene Gemeinwesen übertragen wurden. Man konnte offenbar nicht verstehen, wie Kampfmethoden der lateinamerikanischen Stadtguerilla einmal zum Antistaatsterror der RAF werden sollten.

Diese Verhärtung revolutionär-anarchistischer Politideen zu Gewaltsyndromen vollzog sich zudem in einem *pädagogisch-politischen Klima*, das bis hinein in staatliche Rahmenrichtlinien von antiautoritären Konfliktschemata beherrscht war. Wer aber den Konflikt, ob klassenkämpferisch oder emanzipatorisch, zur alleinbeherrschenden Grundlage gesellschaftlichen Wandels erklärt, wird immer damit rechnen müssen, daß der Konfliktaustrag früher oder später in Gewalt umschlägt, und zwar um so eher, je mehr die Konfliktmodelle an der sozialen und politischen Wirklichkeit vorbeikonstruiert sind. Denn je stärker die Isolierung, um so wahrscheinlicher wird der Übergang vom ideologischen Revolutionär zum politischen Gewalttäter. Insofern sind die deutschen Terroristen ebensowenig das Produkt der Wohlstandsgesellschaft wie sie Hitlers Kinder sind, sondern das Ergebnis eben dieser Entwicklung.

Dennoch ist die Verantwortung geteilt. Der Weg der Verursachung verläuft wenigstens über zwei Stufen, insofern die geschilderte Entwicklung mit der doktrinären Übersteigerung konfliktbetonten Verhaltens im Grund nur eine extreme Form der Reaktion auf den zunehmenden Orientierungsverlust in der Gesamtgesellschaft ist. Dieser Orientierungsverlust ist zwar zur Zeit der sozialliberalen Koalition nach außen hin – auch auf dem Wege der Gesetzgebung – offenkundiger geworden, aber er ist nicht einfach, wie es kirchlicherseits gelegentlich geschieht, dieser Periode und den in ihr maßgebenden Parteien und den hinter ihnen agierenden Strömungen zuzuordnen. Er ist auch nicht nur auf die Renaissance marxistischer, sozialrevolutionärer und anarchistischer Ideen zurückzuführen. Dies hieße Ursache und Wirkung verwechseln. Denn diese Entwicklungen sind *auch Folge* einer geistig-politischen Orientierungskrise, die sehr viel weiter zurückreicht und sicher einiges mit der Elterngeneration der Wiederaufbauzeit zu tun hat, die, auf die Gestaltung der materiellen Werte konzentriert, geistig noch wie selbstverständlich von den überkommenen Werten leben zu können glaubte, diese aber eher formell denn als Bestandteil ihrer eigenen Existenz an die nächste Generation vermittelt hat.

Was jetzt als Desorientierung bedauert wird, wurzelt bereits in dieser Generation. Der *Egoismus der permissive society*, der jetzt beklagt wird, die „Unfähigkeit zum Maßhalten“ hat sich durch die emanzipatorischen Programme der letzten Jahre, zum Teil auch gegen die Absichten ihrer Autoren verschärft, aber ist in seiner Substanz nicht erst von heute. Die gegenwärtige Generation verhält sich da

nicht anders; sie hat der Generation ihrer Eltern deswegen keinen Vorwurf zu machen; aber sie hätte die Chance aus den seitherigen Erfahrungen zu lernen. Hier wäre gerade auch für die Kirchen wie für die Parteien der geschichtlich-existential gegebene Ansatz für eine neue Belebung der bereits wieder stagnierenden Grundwerte-Auseinandersetzung.

D. A. Seeber

Vorgänge

Bischofssynode über Katechese

Die diesjährige Sitzung der Vollversammlung der Bischofssynode steht im Zeichen der Katechese. Ihr genaues Thema heißt: „Die Katechese in unserer Zeit, unter besonderer Berücksichtigung der Katechese für Kinder und Jugendliche“. Damit wird in spezialisierter Form das Thema der letzten Tagung der Bischofssynode wieder aufgenommen, die sich im Herbst 1974 mit der „Evangelisation der modernen Welt“ befaßt hatte (vgl. HK, 591 ff. und Dezember 1974, 649 ff.). Die Arbeiten werden den ganzen Monat Oktober in Anspruch nehmen.

Die Versammlung hat rund 200 Mitglieder. Davon sind 142 Delegierte der Bischofskonferenzen der ganzen Welt. Die Tatsache, daß etwa die Hälfte von ihnen zum erstenmal an einer Bischofssynode teilnehmen, kann ganz unterschiedliche Folgen haben: durch die „Neulinge“ könnte die Synode unerwartete Impulse erhalten, es ist aber auch möglich, daß die Arbeiten dadurch eher noch komplizierter und langwieriger werden und erst recht ganz im Rahmen des von den römischen Organen Geplanten und Zugelassenen bleiben. Außer den Vertretern der Bischofskonferenzen gehören der Synode 13 Vertreter der katholischen Ostkirchen, die Leiter der vatikanischen Kuriendikasterien, 10 Delegierte der Union der Ordensoberen sowie 19 direkt vom Papst ernannte Synodale an. Die deutsche Bischofskonferenz wird durch ihren Vorsitzenden, Kar-

dinal *Höffner*, den Paderborner Erzbischof *Degenhardt* und den Mainzer Weihbischof *Rolly* vertreten. Der Münchener Kardinal *Ratzinger* gehört zu den vom Papst ernannten Synodemitgliedern. Aus der DDR nimmt der Erfurter Weihbischof *Joachim Meisner* an der Synode teil, aus Österreich Bischof *Franz Zak* (St. Pölten) und – in seiner Funktion als Präsident des Sekretariats für die Nichtglaubenden – der Wiener Kardinal *König*, aus der Schweiz der Bischof von St. Gallen, *Otmar Mäder*. Vorsitzender der Synode ist der Papst selbst. Da er diese Aufgabe nicht permanent wahrnimmt, werden bei jeder Vollversammlung drei „delegierte Präsidenten“ ernannt, die den Sitzungen vorstehen, an denen der Papst nicht teilnimmt. Diesmal wurden von Paul VI. der Präfekt der Bischofskongregation, Kardinal *Sebastiano Baggio*, und die Kardinalerzbischöfe *Antonio Ribeiro* (Lissabon) und *Hyacinthe Thiandoum* (Dakar) mit dieser Aufgabe betraut.

Umfangreiches Arbeitsprogramm

Im Mittelpunkt der Eröffnungssitzung am 30. September stehen eine Ansprache des Papstes, ein Bericht des Generalsekretärs der Synode, des polnischen Bischofs *Ladislav Rubin*, sowie das nunmehr schon traditionelle „Panorama“, ein Bericht über das Leben der

Kirche seit der letzten Bischofssynode. Mit Erzbischof *Degenhardt* wurde erstmals ein deutscher Bischof damit beauftragt, diese Übersicht zu geben. Am Tag darauf beginnen die eigentlichen Arbeitssitzungen mit einer Einführung in das Thema Katechese durch den brasilianischen Kardinal *Aloisio Lorscheider* (Fortaleza).

Den Arbeiten in Plenums- und Gruppensitzungen liegt ein Dokument zugrunde, das der Generalsekretär der Synode Anfang September in Rom der Presse vorgestellt hat (vgl. *Osservatore Romano*, 9. 9. 77). Es ist das Ergebnis eines langen Vorbereitungsprozesses. Die erste wichtige Stufe der Vorarbeiten war ein Dokument, das im vergangenen Jahr den Bischofskonferenzen zugegangen war (vgl. HK, Juni 1976, 280 ff.). Es sollte dazu dienen, bei den Ortskirchen zu sondieren, was jeweils die wichtigsten Fragestellungen auf dem Problemfeld Katechese sind. Dem Vernehmen nach erhielt das römische Synodensekretariat auf diese „Anfrage“ so viele Reaktionen seitens der Bischofskonferenzen wie nie zuvor. Auf dem Hintergrund dieser Reaktionen wurde von einer Expertengruppe ein vorläufiges Arbeitspapier erstellt, das vom Rat des Synodensekretariats (also faktisch dem Ständigen Rat der Bischofssynode) diskutiert wurde. Ein Mitglied der Expertengruppe erarbeitete anhand der dabei angeregten Ergänzungen und Änderungen den endgültigen Text, der zwar in seinen Grundzügen, aufgrund einer ziemlich unverständlichen Geheimhaltungs-